

DE GRÖNWOHLDER

Rinkieker

Mitteilungsblatt für Grönwohld 30. Jahrgang Nr.112 / September 2009

Herausgegeben vom Ortsverein der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Bundestagswahl und Landtagswahl und zwei Kandidaten



**Gesa Tralau aus Hamberge
kommt mit Ihrer Unterstützung in
den Bundestag**



**Jochen Proske aus Ahrensburg
kommt mit Ihrer Unterstützung in
den Landtag**

**Auf den nächsten Seiten stellen die Kandidaten ihre Ziele dar.
Bitte machen Sie von Ihrem Wahlrecht Gebrauch. Gehen Sie wählen!**

Bunter Familiensommer zum Auftakt der Sommerferien

Am Sonntag, d. 19. Juli 2009 fand im Erlebniswald Trappenkamp bei Dahldorf der Familiensommer der schleswig-holsteinischen SPD statt. Zum dritten Mal hatte das „Forum Familie“ um unsere Bundestagskandidatin Gesa Tralau dieses Fest für die ganze Familie gestaltet und durchgeführt. Alle Besucher wurden von der SPD eingeladen, mit den Sozialdemokraten und ihren Gästen diesen Tag zu verbringen. Rund 6000 Menschen nahmen diese Einladung an und bei tollem Wetter sind Familien aus ganz Schleswig-Holstein zum Familienfest gekommen, um zu spielen, zu grillen oder Tiere zu beobachten. Landtagsabgeordnete, Bundestagskandidatinnen und -kandidaten und Kreisvorstände, die Jusos und die Arbeitsgemeinschaft der sozialdemokratischen Frauen hatten sich Aktionen für Eltern und Kinder ausgedacht und Preise für ein Gewinnspiel zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus waren die Jugend des BUND, das Spielmobil des Deutschen Kinderschutzbundes und die IG Metall vor Ort.

Es gab eine Hüpfburg, Torwandschießen, Glücksraddrehen und Kinderschminken. Ein besonderes

Highlight war auch die Begegnung mit einem Mäusebussard aus der Falknerei Dietmar Damm. Die SPD Stormarn hatte einen „heißen Draht“ mitgebracht, der besonders von den jüngsten viel Konzentration und Geschicklichkeit erforderte. Auch hatte Stormarn für das Bühnenprogramm eine bewährte Kraft beige-steuert: Hektor, der Gaukler aus Grönwohld, führte durch das Programm und unterhielt Groß und Klein mit seinen Gaukeleien. Während er Hektor zusah, konnte sich unser SPD-Landesvorsitzende Ralf Stegner einen Moment entspannen und herzlich lachen. Wurde er doch immer wieder von Fotografen und Kameraleute umringt, die sich angesichts der jüngsten Kieler Ereignisse um ihn drängten. Gerade diese Ereignisse führten denn auch zu einem großen Moment der Geschlossenheit, als sich alle Bundes- und Landtagskandidaten demonstrativ zum gemeinsamen Gruppenfoto versammelten.

Wir freuen uns schon auf den 4. SPD - Familiensommer. Kommen Sie doch mit!

Ihre **Angela Ryll**



von links: Hektor - der Gaukler (Stephan Eichler), Ralf Stegner - SPD-Spitzenkandidat, Gesa Tralau SPD-Bundestagskandidatin und FranzThönnes SPD-Bundestagskandidat und Staatssekretär

Gesa Tralau: Gesellschaft von der Familie aus denken

Am 27. September wählen Sie einen neuen Bundestag, und, nachdem die CDU in Kiel die Koalition gebrochen und die SPD-Minister entlassen hat, auch einen Landtag. Sie haben am 27. September in der Hand, in welchem Land Sie künftig leben. Erstmals bewerbe ich mich darum, Sie in Berlin zu vertreten, und deshalb möchte ich Ihnen einige meiner politischen Ziele und Überzeugungen näher bringen.

Einer meiner politischen Schwerpunkte liegt in der Familienpolitik. Nicht nur als Mutter zweier Kinder weiß ich: Gute Familienpolitik ist eine Querschnittsaufgabe, die eigentlich in allen Bereichen der Politik mitgedacht werden muss. Gute Rahmenbedingungen für Kinder und Familien zu schaffen, das bedeutet weit mehr als Transferleistungen zu erhöhen. Eine vernünftige Familienpolitik steht und fällt beispielsweise mit einer guten Arbeitsmarktpolitik - vor allem für Frauen. Ohne sicheren Arbeitsplatz, soziale Absicherung, also ohne planbare Zukunft für sich selbst, bekommt niemand gerne Kinder und gründet eine Familie. Meine Erfahrung, Hartnäckigkeit und Kreativität würde ich gerne in Berlin für die Kinder und Familien in unserem Land einbringen. Um auf die Notwendigkeit einer guten Familienpolitik aufmerksam zu machen, gibt es das Familienforum in SPD Schleswig-Holstein, dem ich vorsitze. Einmal im Jahr veranstalten wir einen großen

Fest im Erlebniswald Trappenkamp, zu dem wir 2009 über 7000 Gäste begrüßen konnten, darunter einen Stargast aus Grönwohld.

Ich bin gelernte Bankkauffrau und leite derzeit die Debitorenbuchhaltung eines großen Logistikunternehmens. Meine Berufliche Qualifikation kann ich im Bereich Finanzen einbringen, um gerade in diesen Zeiten dafür Sorge zu tragen, dass die knappen Mittel für mehr Fortschritt und Gerechtigkeit eingesetzt werden. Ein handlungsfähiger Staat, wie wir Sozialdemokraten ihn wollen, setzt auch in der Finanzpolitik Prioritäten. Er kümmert sich darum, dass alle Zugang zu wichtigen Gütern wie z.B. Bildung haben, dass niemand zurückgelassen wird, dass Chancen gerecht verteilt werden und Lasten wieder stärker von den starken Schultern getragen werden.

Ein ganz „Herzensthema“ ist mir außerdem die Energiepolitik. Atomkraftwerke sollten in niemandes Nachbarschaft stehen. Gerade bei Krümmel in unserer Nachbarschaft zeigt sich, dass diese Technologie nicht völlig beherrschbar und ein Risiko für uns alle ist. Und wer sich einmal die Zustände im Atommülllager Asse angesehen hat, kann nur zu dem Schluss kommen, dass kein weiterer Atommüll produziert werden darf.

Meine Bitte an Sie: Seien Sie kritisch! Interessieren Sie sich. Am 27. September steht viel auf dem Spiel.

Begegnungen am Briefkasten

Dass wir ein schönes Dorf haben, wissen wir alle. Es ist nicht nur in Schleswig Holstein und Hamburg bekannt, sondern weit über die Grenzen hinaus. Manchmal heißen wir auch Büttenwarder. Doch wir sind Grönwohld, mit einem schönen neuen aber auch einem alt erhaltenem Ortskern.

Wie komme ich nun dazu, unser Dorf so in den Vordergrund zu stellen? Na, *De Grönwohlder Rinkieker* hat neue Verteiler gefunden. So kam der Tag X, an dem Barbara und ich losmarschierten und die Briefkästen aufsuchten. Dass mich so viele Menschen kannten, war mir gar nicht bewusst. Sie freuten sich, mich persönlich wieder zu sehen und es wurde so einiges geschnackt. Der eine oder andere Bürger wusste nur nicht so recht, wie er mich ansprechen sollte. Ob als Stephan, Herr Eichler oder Hektor. Ich überlasse es gerne jedem selbst, für mich eine Anrede zu finden. Ich habe mich auch wieder an Stephan gewöhnt, wobei die meisten mich aber Hektor nennen.

Beim Verteilen des *Rinkiekers* entdeckten wir richtig schöne Ecken, die man sonst nicht so oft sieht. Jeder Garten hat seine eigene schöne Persönlichkeit.

Auch unsere vierbeinigen Mitbewohner, kann ich nur sagen, sind auch lustige Dorfbewohner. Ein alter Hund lag im Vorgarten, den hatte ich erst bemerkt, als ich schon im Garten war und er kurz nur „Wuff, Wuff“ ertönen ließ. Er kam nur sehr schwer auf seine Beine, aber er hatte schön aufgepaßt und seine Arbeit gut gemacht. Nächstes Mal bekommt er ein „Leckerli“. (Ich hoffe, er darf sie annehmen).

Auch die Briefkästen selber sind sehr interessant. So eine Vielfalt und einige mussten wir richtig suchen. So haben wir Grönwohld mal ganz anders gesehen und freuen uns schon auf das nächste Mal. Hoffentlich ist das Wetter dann besser und nicht so nass.

Nun leve Lüd, wenn ich wieder am Verteilen bin und ihr Fragen, Sorgen habt oder nur mal so einen Snack halten wollt, denn ma to.

Euer **Stephan/ Hektor**

Stephan/ Hektor ist links auf dem nebenstehenden Bild zu sehen

Jochen Proske nominiert

Das Trio der SPD-Landtagskandidaten für Stormarn ist komplett – eine Wahlkreiskonferenz der SPD-Ortsvereine im Wahlkreis 33 hat im Ahrensburger Marstall Jochen Proske als Kandidaten für die Landtagswahl 2010 nominiert (Grönwohlder Delegierte waren Eckart Carl und Stephan Eichler). Der bisherige Ahrensburger SPD-Abgeordnete Konrad Nabel wird 2010 nach dann fast 23jähriger Parlamentszugehörigkeit nicht wieder antreten. Damit geht die SPD in Stormarn 2010 mit drei neuen Kandidaten ins Rennen: Susanne Danhier in Nordstormarn, Martin Habersaat im Süden und nun Jochen Proske in der Mitte. Der Ahrensburger Proske setzte sich mit 22 Stimmen im ersten Wahlgang gegen seine Mitbewerber Tobias von Pein aus Lütjensee (12 Stimmen) und Reinhard Niegengerd aus Großhansdorf (7 Stimmen) durch.

Unter der routinierten Leitung Eckart Kuhlweins stellten dann die drei Bewerber sich und ihre politischen Vorstellungen vor und erklärten, was sie mit den Stimmen der Wähler anfangen wollen. „Sorge um die Zukunft und die Welt, in der wir leben“ nannte Proske als Grund für sein politisches Engagement. Er wolle seinen Kindern die Welt in einem besseren Zustand hinterlassen und nicht tatenlos warten, auf das, was komme. Dabei setzte er sich auch mit der politischen

Konkurrenz auseinander: „Weiter so!“ – Das sagten die, die sich nur im Namen auf christliche Werte beriefen, denen ein Auseinanderdriften der Gesellschaft aber ebenso egal sei wie die Frage, was unsere Nachkommen in tausenden von Jahren mit dem von uns hinterlassenden „strahlenden Schatz“ des Atommülls anfangen sollen. „Es gibt ein Entweder und ein Oder in der Politik. Ich werbe für mehr Gemeinschaft, eine verantwortungsvolle Gesellschaft und ein soziales Netz – kurz: für einen neuen Gesellschaftsvertrag.“

Jochen Proske ist 40 Jahre alt, verheiratet und Vater von drei Kindern im Alter von 11, 8 und 7 Jahren. Politisches Engagement war immer Teil seines Lebens, beispielsweise in der Friedens- und Solidaritätsbewegung mit Nicaragua, als Jugendlicher bei den Jusos und seit 1992 bei der SPD. Nach seinem Zivildienst studierte er Politikwissenschaften und Volkswirtschaftslehre an der Universität Hamburg, seit 1997 arbeitet er als Geschäftsführer für einen Kinder- und Jugendverband in Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern. Proske: „Dieses aktive Mitgestalten der Zukunft möchte ich nun an anderer Stelle, mit anderen Möglichkeiten als Mitglied des Schleswig-Holsteinischen Landtages fortsetzen.“



Kreisvorsitzender Martin Habersaat gratuliert Jochen Proske (rechts)

Jochen Proske: Das neue Jahrzehnt

Das neue Jahrzehnt wird eine Zeit für einen neuen Aufbruch werden müssen und können. Als SPD wollen wir ein Jahrzehnt, in dem gute Arbeit und gute Bildung persönliche Zukunft schaffen in Schleswig-Holstein und in dem alle Kinder und Jugendlichen gleiche Chancen haben. Wir wollen ein Jahrzehnt, in dem die Wirtschaft floriert und die Beschäftigung wächst in Schleswig-Holstein. Wir wollen ein Jahrzehnt, in dem Ökonomie und Ökologie ein festes Bündnis schließen und Schleswig-Holstein ein Musterland wird für nachhaltige Energiepolitik und wir wollen ein Jahrzehnt, in dem die staatliche und kommunale Handlungsfähigkeit gestärkt und die demokratische Gestaltungsmöglichkeit genutzt wird.

Wir möchten weiterarbeiten an einem Land, in dem jedes Kind – unabhängig von der Herkunft – eine Chance auf Bildung und Aufstieg hat. Deshalb kämpfe ich dafür, dass nicht die finanziellen Möglichkeiten der Eltern über die Bildungschancen ihrer Kinder entscheiden. Konkret heißt das: beitragsfreier Zugang zu Bildung vom Kindergarten bis zum Studium. Mehr Kindern Aufstieg durch Bildung zu ermöglichen bedeutet aber auch, ihnen längeres gemeinsames Lernen zu gestatten: Gemeinschaftsschulen sind deshalb ein entscheidender Meilenstein auf dem Weg zu mehr Bildungsgerechtigkeit. In den vergangenen Jahren haben wir vieles auf diesem Weg schon erreicht. Aber nur mit uns können diese bisherigen Erfolge gesichert und weiter ausgebaut werden.

Familien mit Kindern brauchen bessere Bedingungen, deshalb setze ich auf eine gerechte Politik für Kinder, Jugendliche und Familien. Auf Initiative der SPD wird es in Schleswig-Holstein ab 2013 keine KiTa-Gebühren mehr geben. Alle drei beitragsfrei – das haben wir versprochen und wir haben es durchgesetzt. Bereits seit August 2009 müssen die Eltern im Land für ihre Kinder im letzten Kindergartenjahr keine Gebühren mehr zahlen. Eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist ein entscheidendes Thema für junge Familien, für junge Mütter und Väter. Gerade in unserem Wahlkreis, wo viele zwischen der Arbeit und zu Hause pendeln müssen, sind gute Betreuungsangebote und

-zeiten von besonderer Bedeutung. Und dies betrifft insbesondere auch alleinerziehende Mütter und Väter. Bessere Bedingungen für Familien mit Kindern, eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf – dafür stehe ich und dafür steht die SPD.

Gute Arbeit ist kein Privileg, sondern das Recht aller Menschen. Und das gilt gerade auch in der Krise. Arbeit mit einem gerechten Lohn, mit guten Arbeitsbedingungen, mit fairen Aufstiegschancen und Mitbestimmung – so definiere ich gute Arbeit. Deshalb brauchen wir einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn. Deshalb müssen wir Lohndumping und den Missbrauch von Leiharbeit verhindern. Dafür stehe ich und dafür steht die SPD.

Nur mit einer Landesregierung, die von der SPD geführt wird, wird ernst gemacht mit dem Ausstieg aus der Atomenergie, dem Abschalten der Pannemeiler Brunsbüttel und Krümmel als nächste Schritte, der konsequenten Umstellung auf Energieeinsparung, erneuerbaren Energien und Effizienz, dem Widerstand gegen eine uferlose Kohleverstromung und gegen die Einlagerung von CO₂ in Schleswig-Holstein. Wir wollen die Energiewende weiter vorantreiben – zu unserer eigenen Sicherheit und für die Zukunft unserer Kinder.

Der ländliche Raum wie in Grönwohld ist Heimat und Lebensmittelpunkt für mehr als ein Drittel unserer Bevölkerung. Er darf nicht von einer nachhaltigen Entwicklung abgehängt werden, sondern muss eigene Perspektiven bieten. Im ländlichen Raum liegen große Potentiale für eine nachhaltige Wirtschaftsweise und Wertschöpfung und für die Bewältigung des Klimawandels. Die Lebensbedingungen im ländlichen Raum müssen attraktiv bleiben, wir wollen eine Abwanderung durch eine Stärkung des gemeindlichen Lebens verhindern. Auch der demographische Wandel erreicht den ländlichen Raum. Umso wichtiger werden Markttreffs für eine ortsnahe Versorgung wie Gemeinschafts- und Kultureinrichtungen, ein lebendiges Vereinsleben, das Angebot lokaler Dienstleistungen und ärztlicher Versorgung, der Erhalt bäuerlicher Betriebe, die Ansiedlung von Handwerk, der Anschluss an den öffentlichen Personennahverkehr und der weitere Ausbau der DSL-Versorgung.

SPD-Kreisparteitag in Elmenhorst Recht auf Bildung im Vordergrund

Die SPD Stormarn beschließt Eckpunkte für Landtagswahl 2010.

Das Recht auf Bildung und Ausbildung steht für die Stormarner SPD ganz klar im Vordergrund. Die Delegierten des Kreisparteitags in Elmenhorst in einem „Eckpunkte“-Papier zur Landtagswahl 2010 „kostenlose Bildung von der Krippe bis zum Studium“ und sprachen sich einstimmig gegen Studiengebühren an

den Hochschulen aus. Die SPD müsse außerdem flächendeckend die Gemeinschaftsschule in Schleswig-Holstein anstreben. Von der Wirtschaft erwartet die Stormarner SPD ein ausreichendes Angebot an Ausbildungsplätzen.

In ihren „Eckpunkten“ setzten sich die Stormarner Sozialdemokraten außerdem für eine Stärkung des öffentlichen Personennahverkehrs auf Schiene und

Straße ein, der auch in Zukunft vom Bund ausreichend gefördert werden müsse.

Die SPD beschloss eine Absage an die Speicherung von Kohlendioxid und forderte die Bundes-SPD auf, den gescheiterten Gesetzentwurf in der nächsten Wahlperiode in Berlin nicht wieder aufzunehmen. Bundesregierung und Landesregierung sollen darüber berichten, wie sie das Ziel der Nachhaltigkeitsstrategie erreichen wollen, den Flächenverbrauch bis 2020

von heute über 100 ha täglich auf 30 ha zu reduzieren. Schließlich soll sich der nächste Bundesparteitag im November in Dresden mit dem Bergrecht beschäftigen, das aus dem Kaiserreich stamme und weder Bürgerbeteiligung noch Umweltverträglichkeitsprüfungen vorsehe. Die Stormarner Sozialdemokraten halten es „für einen Skandal, wie in Grande bei einem geplanten Kiesabbau mit der kommunalen Selbstverwaltung umgegangen wird“.



Dem Präsidium gehörten drei Genossen aus dem Amt Trittau an: von rechts: Der Grönwohlder Eckart Carl, der Lütjenseer Tobias von Pein und die Grander Kreistagsabgeordnete Angela Batty. Außerdem die stellvertretende Kreisvorsitzende Susanne Danhier.

Elternbriefe jetzt auch für unsere Grönwohlder Eltern

Die SPD brachte diesen Vorschlag in der Gemeindevertretersitzung durch Stephan Eichler ein und er wurde von allen Gemeindevertretern sofort angenommen. Der Elternbrief kostet pro Geburt 13,- Euro und läuft 8 Jahre. In dieser Zeit erhalten die Eltern 46 Elternbriefe und werden vom „**Deutschen Kinderschutzbund Kreisverband Stormarn e.V.**“ begleitet. Den Eltern ist es freigestellt, ob sie diese Briefe erhalten möchten.

Eltern wissen, wie sich das gesamte Familienleben ändert, wenn ein Kind geboren wird. Die Freude ist riesig, doch dann kommt die eine oder andere Unsicherheit. - Mache ich alles richtig? - Viele Fragen tauchen auf und da kommt die Hilfe in Form des Elternbriefs. Zu jedem Lebensabschnitt gibt es die passenden Informationen. Für die Familie entstehen keine weiteren

Kosten. Die Gemeinde Grönwohld zahlt nur die 13,- € und den Rest übernimmt der Kinderschutzbund, bzw. wird das Projekt durch die Sparkasse Stormarn – Stiftung Stormarn – gefördert.

Sollten hier Fragen auftreten, stehe ich sehr gern zur Ihrer Verfügung oder der Kinderschutzbund hilft weiter.

Ihr **Stephan Eichler**

90 Jahre SPD-Grönwohld vormerken: Familientag am 5. 9. 2009 von 14 bis 17 Uhr siehe auch letzte Seite

Kinderarmut

– auch in Grönwohld leider ein Thema!

Im Armutsatlas für den Kreis Stormarn, den der Deutsche Kinderschutzbund im Mai veröffentlichte, steht es schwarz auf weiß: 18 Kinder in Grönwohld, das sind 7,3% aller Kinder unter 18 Jahren, gelten als arm. Die Kreisquote beträgt 8,36 Prozent. Damit liegt Grönwohld leicht unter dem Durchschnitt in Stormarn.

Insgesamt sind in Stormarn laut Statistik über 3500 Kinder von Kinderarmut betroffen, dazu kommen noch einmal so viele aus Familien von Geringverdienern, die nicht in den Statistiken auftauchen. Konkret bedeutet das, dass jedes sechste Kind im Kreis mit 0,50 Euro pro Monat zum Ansparen für ein Fahrrad auskommen muss, mit 1,90 Euro monatlich für Schreibwaren und Zeichenmaterial, mit 90 Cent monatlich für Spielzeug und mit 1,24 Euro für ein warmes Mittagessen.

Der Kinderschutzbund fordert daher für Stormarn ein Ferienprogramm mit kostenlosen Angeboten, denn die Kinder, die nicht verreisen, sind häufig die, die kein Geld haben. Auch Stadtfeste und andere öf-

fentliche Veranstaltungen sollten ein Drittel kostenlose Veranstaltungen anbieten. Zudem sei es notwendig, Zuzahlungen zu Kindergarten- und Schulangeboten zu streichen, weil sozial schwache Familien sich das nicht leisten könnten und so automatisch beim Bildungsangebot benachteiligt würden.

Wie vielen bekannt ist, bin ich beim „Blauen Elefanten“ (eine Organisation des Kinderschutzbundes) tätig, die das Thema „Kinderarmut“ als Schwerpunkt hat und vieles dafür tut, die Situation dieser Kinder zu verbessern. Der Grönwohlder SPD ist dies eine Herzensangelegenheit und verdient, nicht auf die „auf die lange Bank“ geschoben zu werden und zu überlegen, welche der Forderungen des Kinderschutzbundes auch bei uns in der Gemeinde umgesetzt werden könnten.

Liebe MitbürgerInnen, wir werden in den nächsten Ausgaben weiter zu diesem Thema berichten.

Ihr **Stephan Eichler**

Frankreichfahrt

Am 21. Mai, Himmelfahrt, ging um Viertel vor fünf zum Hamburger Flughafen, um nach Paris zu fliegen und von dort weiter mit dem Zug nach Nantes zu fahren. Kurz nach halb zwei begrüßten die gastgebenden Franzosen ihre deutschen Besucher. Abends wurden die englischen Gäste begrüßt.

Am Freitag wurde nach Geschlechtern getrennt. Die Damen widmeten sich dem Blumenstecken - Ikebana – und die Herren wanderten durch die umliegenden Weinberge. Danach wurde gegrillt und auch mit den Engländern gesprochen.

Nachmittags gab es einen offiziellen Empfang. Hier die Rede von Camille:

„Als Präsidentin unseres Verschwisterungskomitee heiße ich unsere deutschen und englischen Freunde und ihre Gastfamilien ganz herzlich willkommen. Wir möchten uns bei der Gemeinde Le Landreau bedanken, die uns in diesem schönen Saal empfängt.“

Wir freuen uns über die Anwesenheit einiger Vertreter der Communauté de Commune. Es ist schön für uns, ihr Interesse und ihre Unterstützung zu merken. In diesem Sinn begrüßen wir ganz herzlich unsere Gäste aus Trittau und von Totton und Elling

Seit ein Paar Wochen hören wir sehr viel von Europa sprechen, wegen der Wahl natürlich, aber wir hören seltener von Verschwisterung, villes jumelees Twinning . Und dies obwohl wir Austauschkomitees so aktiv sind. Wir organisieren Austausche für Familien wie dieser, für Schüler und Jugendliche, nehmen

an internationalen Treffen statt, wir versuchen durch verschiedene Aktionen in den Schulen zu zeigen wie unsere Nachbarn in Europa leben. Dadurch nehmen wir an dem Bau Europas teil. Ein Europa wie wir es wünschen; wo das Gefühl und der Wunsch zusammen zu gehören, die Freundschaft, die Kultur der anderen kennen zu lernen und zu respektieren eine Hauptrolle spielen.

Heute Nachmittag empfangen wir Sie mit Musik (vielen Dank Méli-Mélomane), Musik die bekanntlich eine internationale Sprache spricht, so wie die Blumen, die die Damen heute Morgen in schönen Sträußen gebunden haben. Bei ihrem Spaziergang haben die Herren heute Morgen bestimmt festgestellt, dass der Wein auch ein gutes Verständigungsmittel, ein internationaler Dolmetscher ist. Das wollen wir bald erproben. Mal sehen, ob wir Fortschritte gemacht haben.“

Am Sonnabend wurden im Garten der Düfte in Coëx viele Gerüche entdeckt. Abends wurde im Palais des Congrès au Loroux erst gegessen und dann zu der Musik getanzt. Sonntags ging's in zwei Gruppen zurück. Es waren bei den 38 deutschen Besuchern fünf Grönwohlder dabei. Neben den offiziellen Programmen gab es ausreichend Zeit für Gespräche. Es war anstrengend, aber auch sehr schön.

Zum 40jährigen Verschwisterungsjubiläums mit Frankreich ist eine Jubiläumsfeier voraussichtlich in der Zeit vom 14. bis 18. Juli 2011 in Trittau geplant.

Gemeindevertretersitzung am 2. Juli 2009

Es ist ein sehr warmer Abend und die Sitzung gut besucht.

Zu Beginn sollte Hans-Christian Meyer-Loos als Gemeindevertreter verabschiedet werden. Er war terminlich verhindert. Für ihn rückte Martin Roick nach.

Einwohnerfragestunde

- Werner Marquardt berichtet, dass Anschlussbusverbindungen in Trittau von Grönwohld aus nicht erreichbar sind, da die Busse nach Trittau erst zu einem späteren Zeitpunkt fahren. Die Fahrpläne sind nicht aufeinander abgestimmt, so dass der ÖPNV nicht im vollen Umfang genutzt werden kann. SPD-Gemeindevertreterin Heidrun Arndt informiert, dass diese Anregungen über den Kreisverkehrsausschuss eingearbeitet werden müssen. Entsprechende Hinweise wurden bereits weitergeleitet. Ein neues Konzept wird derzeit geprüft.

- Werner Marquardt weist daraufhin, dass die Haltestelle in der Poststraße nicht ausreichend beleuchtet ist. Die Busfahrer haben schon mehrfach wartende Fahrgäste übersehen. Er bittet darum, eine zusätzliche Straßenlampe zu errichten. Der Vorgang wird geprüft.

- Werner Schäfer teilt erneut mit, dass die Sanierungsmaßnahmen in der EDI-Siedlung teilweise beanstandet werden. In den Straßen sind Querrisse vorhanden. Antwort: Es müssen noch Nachbesserungen durchgeführt werden. Es wurde laufend angemahnt. Die bisherigen Leistungen wurden noch nicht bezahlt.

- Werner Schäfer fragt nach, ob die Aussage, dass der bisherige Protokollführer in der Gemeinde Grönwohld unerwünscht ist, zutreffend ist. Der Bürgermeister erklärt, dass es sich um eine personelle Entscheidung der Verwaltung handele, die nicht weiter zur Diskussion steht.

- Eine Bürgerin berichtet, dass der Schulhof während der Schulzeiten nicht mit Fahrzeugen befahren werden darf. Nachmittags halten sich einige nicht daran. Die Schulzeit/Betreuung Strolche endet erst um 17.00 Uhr und bis dahin ist ein Befahren nicht gestattet. Es wird eine organisatorische Lösung zugesagt.



- Eine Bürgerin möchte wissen, wann die mobile Geschwindigkeitsmessanlage umgesetzt wird. Dies

soll nach den Sommerferien erfolgen.

- Werner Marquardt gibt den Hinweis, dass sich das Ehrenmal in einem ungepflegten Zustand befindet. Der Bürgermeister Breisacher wird die Grünpflege umgehend veranlassen.



Der Weg zum Ehrenmal - Am Volkstrauertag gibt es um 10 Uhr die offizielle Kranzniederlegung

- Ein Bürger gibt zu bedenken, dass die Radwegseite der Überführung der B 404 im Bereich der Leitplanke nicht ausreichend abgeschirmt ist. Hier besteht eine erhebliche Verletzungsgefahr. Es sollte geprüft werden, ob hier eine Verschalung angebracht werden kann. Der Bürgermeister erklärt, dass es sich um keine bauliche Anlage der Gemeinde Grönwohld handelt. Der vorgebrachte Hinweis wird an die zuständige Stelle weitergeleitet.



Die scharfkantigen Pfosten sind gefährlich

Der Bürgermeister berichtet:

- Die Einleitungsstelle 4 wurde zwischenzeitlich fertig gestellt. Es haben sich seitdem keine Beeinträchtigungen ergeben.
- Der Wendehammer in der Straße Radeland wird eine neue Decke erhalten, sobald der AZV Obere Bille die Leitungssanierung abgeschlossen hat.
- Die Beratungen über den Bebauungsplan Nr. 8 „Alte Siedlung“ ruhen zurzeit. Es werden Gespräche zwischen der Kirchengemeinde und den Anwohnern geführt.
- Das nächste Amtsfeuerwehrfest wird am 05. Juni 2010 in Grönwohld stattfinden. Am 13. Juni 2010 wird es zudem den Kreisfeuerwehrmarsch in Grönwohld geben.
- Bürger werden von einer Privatperson videoüberwacht. Hier werden zurzeit rechtliche Schritte geprüft, um diese Handlungen zu unterbinden.
- Die Sandspielkästen werden zunehmend durch Hundekot verunreinigt. Es werden nunmehr entsprechende Hinweisschilder aufgestellt, um ein Einschreiten dagegen zu ermöglichen.
- Aufgrund des Rücktritts von Hans-Christian Meyer-Loos wurde Bernd Heymann als Fraktionsvorsitzender der CDU gewählt.
- Anina Schmidtke wird zum 01. September 2009 aus der Trittauer Verwaltung ausscheiden und eine neue Aufgabe bei der Hansestadt Hamburg übernehmen. Im Namen der Gemeinde Grönwohld wird ihr für die geleisteten Dienste gedankt und alles Gute für die Zukunft gewünscht.

Der Europabeauftragte Josef Ryll berichtet, dass wieder Gespräche mit der dänischen Partnerstadt aufgenommen wurden. Es besteht wieder Kontakt, der voraussichtlich durch private Initiativen auf sportlich-kultureller Ebene geprägt sein wird.

Es wurde ein neuer Arbeitskreis gebildet, um eine neue Partnerschaft mit Polen zu begründen. Zurzeit werden erste Sondierungsgespräche geführt, in welchem Landesteil eine Partnerkommune liegen soll. Anregungen hierzu nimmt gerne die Europabeauftragte Frauke Behncke entgegen.

Durch das Nachrücken von Martin Roick gibt es **diverse Nachwahlen zur Ausschussbesetzung**. Für den Finanzausschuss und als stellvertretendes Mitglied für den Ausschuss zur Prüfung der Jahresrechnung sowie für die Arbeitsgruppe Jugendarbeit wird Martin Roick gewählt. Als stellvertretendes Mitglied für den wählbaren Bürger im Allgemeinen Ausschuss wird Christian Borgmann benannt. Neuer Vorsitzender der Arbeitsgruppe Jugendarbeit ist Thomas Rütz.

Die **neuen Parkplätze** sollen **nicht für Dauerparker** sein, sondern nur dem kurzzeitigen Parken dienen, um z. B. Kinder zur Schule oder zum Kindergarten zu bringen. Es wird deshalb eine Parkzeitbeschränkung für die Parkplätze in der Bahnhofstraße von 1 Stunde, die von Montag bis Freitag während der Zeit von 07:00 bis 15:00 Uhr gelten soll, beschlossen. Ein Hinweisschild wird aufgestellt. Die Regelung gilt auch für die

alten Plätze vor der Feuerwehr.

Nachdem der Amtsausschuss Trittau der **Aktivregion Alsterland** beigetreten ist, erklärt auch Grönwohld seinen **Beitritt**. Damit ist Grönwohld direkt in der Vollversammlung vertreten und nicht nur durch den Amtsvorsteher. Die jährlichen Kosten von 50 Cent je Einwohner werden vom Amtsausschuss getragen. (Siehe gesonderten Bericht über die Aktivregion).

SPD-Gemeindevertreter Stephan Eichler hat ange-regt, dass sich die Gemeinde Grönwohld an der Aktion Elternbriefe des Kinderschutzbundes beteiligen solle. Die Aktion wurde in der Sitzung des Allgemeinen Ausschusses vorgestellt und einer Beteiligung zugestimmt. Die Kosten für die Informationsmaterialien für neugeborene Kinder betragen pro Kind 13,00 Euro und sollen aus den Verfügungsmitteln des Bürgermeisters bezahlt werden. Die Gemeinde Grönwohld stimmt dem zu. Neben neugeborenen Kindern sollen auch die Jahrgänge ab 2006 mit einbezogen werden.

Der **Vertrag** über die Übertragung des unbeweglichen **Anlagevermögens** der Schmutzwasserbeseitigung und der Oberflächenentwässerung von der Gemeinde Grönwohld auf den Abwasserzweckverband **Obere Bille** wurde nach langen Beratungen **beschlossen**. Im Bereich der Niederschlagswasserbeseitigung ist ein Vermögen vorhanden, wogegen die Schmutzwasserbeseitigung einen negativen Bilanzwert aufweist. Ursache hierfür ist, dass bislang keine Abschreibungsrücklagen angelegt wurden. Nunmehr wurden die bislang offenen Forderungen der Gemeinde Grönwohld erfüllt und in den Vertragsentwurf eingearbeitet. Forderungen waren eine Aufrechnungsbilanz sowie die Zusicherung der späteren Nutzbarkeit der angrenzenden Fläche des Regenrückhaltebeckens Papierholz als Ausgleichsfläche, um neue Bauvorhaben realisieren zu können.

Damit Grönwohld über eine **Gebühr für die Oberflächenentwässerung** beraten kann, wird der AZV Obere Bille mit der Grundlagenerhebung und Kalkulation der Niederschlagswassergebühr beauftragt. Nach ersten Daten sind in Grönwohld 278 von rd. 460 Grundstücken an das Regensiel angeschlossen. Hierin sind auch gemeindliche Grundstücke enthalten. Bei den gebührenrelevanten Kosten (Unterhaltung und Abschreibung des Regenwassernetzes) käme ein Mittelwert von rd. 140 Euro/Jahr heraus. Eckart Carl sieht die verlässlichen Fakten als Voraussetzung, um über eine Einführung der Niederschlagswassergebühr beraten zu können. Es besteht momentan eine Gerechtigkeitslücke. Es hat auch schon Bürger gegeben, die dagegen geklagt haben, dass die Regenwasserbenutzer nicht zahlen. Als Ergebnis musste die Gemeinde eine Gebühr einführen. Gleichwohl muss erst das Ergebnis der Befragung abgewartet werden, um sich einen Gesamtüberblick verschaffen zu können. Dr. Katherine Nölling macht deutlich, dass es keine politischen Preise mehr geben wird, wenn eine Niederschlagswassergebühr eingeführt wird. Es muss dafür einschätzbar sein, wie sich die Einzelbelastungen für

die Grundstückseigentümer darstellen werden. Zurzeit spricht sich die Gemeindevertretung nicht für die Einführung einer Niederschlagswassergebühr aus. Die Gemeinde Grönwohld ist jedoch dazu gehalten, die von ihr betriebenen Einrichtungen auch zu finanzieren. Die Fragebögen gehen zum Ende der Sommerferien heraus. Das Ergebnis soll der Gemeinde bis zum 31. Oktober vorliegen. Der AZV steht beratend zur Verfügung.

Die **nachmittägliche Betreuung im Kindergarten** wurde für einige Kinder auf 16 Uhr verlängert. Für die zusätzliche Betreuung wird eine Gebühr von 27 Euro/Monat erhoben.

Umwandlung der Grundschule Grönwohld in eine offene Ganztagschule

Alle anderen Tagesordnungspunkte waren in Ausschüssen vorberaten worden. Nur zu diesem Punkt gibt es erst zur Sitzung eine sehr kurze Vorlage. Deshalb wird ausgiebig diskutiert, ob er überhaupt beschlussfähig sei. Vorher hatte die SPD den Punkt wegen der geringen Information von der Tagesordnung setzen wollen. Es wird ein Beschluss bei einer Enthaltung gefasst, die Grundschule Grönwohld zum nächstmöglichen Zeitpunkt als offene Ganztagschule zu betreiben. Das Kultusministerium wird über den Antrag entscheiden. Bei einer positiven Entscheidung, hat der Schulträger, also die Gemeinde Grönwohld, die logistischen Voraussetzungen im Rahmen seiner wirtschaftlichen Leistungskraft zu schaffen. Die Ausbauplanungen und die Antragstellung sollen parallel laufen und sind unabhängig voneinander.

Eltern können frei entscheiden, welche Schule von ihren Kindern besucht werden soll. Hierauf besteht ein Rechtsanspruch. Das bedeutet, dass auch ortsfremde Kinder die Grönwohlder Schule besuchen können. Ziel ist es, dass ein Wettbewerb zwischen den Schulen erreicht wird, der zu einer Qualitätsverbesserung führen soll. Dabei darf die Mindestzahl von 80 Schülern nicht unterschritten werden. Es muss daher das vorhandene hohe Niveau gehalten und gesteigert werden. Da es keine Einzugsbereiche mehr gibt, gestaltet sich die Schulplanung für die Zukunft schwieriger als bislang. Die offene Ganztagschule ist ein wichtiger Baustein für das Gesamtangebot für die Schüler.

Die **Jahresrechnung 2008** wird mit einer Gesamtsumme von 1.397.957,59 Euro beschlossen. Die über- und außerplanmäßigen Ausgaben in Höhe von 76.814 Euro werden genehmigt.

Anfragen und Mitteilungen

Die noch offenen Fragen von Herrn Schäfer aus der Einwohnerfragestunde vom 03. März 2009 werden wie folgt beantwortet:

- Für das kommende Schuljahr sind 9 Grönwohlder und 15 auswärtige Schüler angemeldet.
- Zwei Grönwohlder Schüler besuchen andere Grundschulen.
- Im nächsten Schuljahr gibt es 94 Schüler in Grönwohld. Davon kommen 52 von außerhalb.

- Das Angebot der betreuten Grundschulzeiten nutzen 12 Grönwohlder und 17 auswärtige Schüler.

- Heidrun Frau Arndt erkundigt sich, warum der Seniorenbeirat keine Einladung zur heutigen Sitzung erhalten hat. Der Bürgermeister teilt mit, dass Karl-Friedrich Singelmann gesundheitlich verhindert sei und ihm nach Genesung alle weiteren Einladungen zugehen werden.

- Für den Schulausbau wurden insgesamt 8.000 Euro aus dem Konjunkturpaket II für die Gemeinde Grönwohld bewilligt.

- Dr. Katherine Nölling stellt fest, dass die im Finanzausschuss vorgestellten Zahlen zur Kinderarmut erschreckend sind. Sie regt an, dass in den nächsten Sitzungen über entsprechende Gegenmaßnahmen diskutiert und beraten werden sollte.

Einwohnerfragestunde zu den vorherigen Tagesordnungspunkten

- Werner Marquardt möchte wissen, ob nun doch eine Niederschlagswassergebühr eingeführt werden muss, da bislang keine Abschreibungen berücksichtigt wurden. Es wird erläutert, dass die Aufwendungen bislang aus allgemeinen Steuermitteln finanziert wurden. Dies entspricht nicht der Steuergerechtigkeit, da nicht alle Grundstückseigentümer an die zentrale Oberflächenentwässerung angeschlossen sind. Es besteht Bedarf, dass eine Regelung getroffen wird. Die Einführung einer Niederschlagswassergebühr hätte zur Folge, dass auch die Gemeinde Grönwohld diese Gebühr entrichten müsste, die der Abwasserzweckverband Obere Bille für die Instandhaltung und den Betrieb der Regenentwässerungseinrichtung erhielte. Bevor eine Gebühr eingeführt wird, soll eine Wirtschaftlichkeitsbetrachtung durchgeführt werden, die den Aufwand und die berücksichtigungsfähigen Flächen gegenüberstellt. Wenn der daraus resultierende Gebührenmaßstab vorliegt, soll über die Gebühreinführung beraten werden.

- Werner Marquardt hat erfahren, dass die Grundstückseigentümer bis zum Jahr 2015 eine Dichtigkeitsüberprüfung ihrer Schmutzwasserleitungen durchführen lassen müssen. Er möchte wissen, ob es hierfür seitens der Gemeinde einen Zuschuss geben wird. Der Bürgermeister berichtet, dass der Abwasserzweckverband eine Bündelausschreibung für alle Grundstückseigentümer anbieten wird. Aufgrund der größeren Leitungslängen werden so bessere Einzelpreise erreicht, zu denen die Grundstückseigentümer die entsprechenden Firmen beauftragen können. Der Abwasserzweckverband wird hierzu noch nähere Informationen herausgeben.

- Geert Matthaei bezieht sich auf die verunreinigten Sandkästen und teilt mit, dass bereits mehrfach Erwachsene beobachtet wurden, die ihre Hunde auf den Spielplatzflächen frei laufen lassen und die Spielplätze dafür offenbar gezielt aufgesucht werden. Es werden Hundeverbotsschilder an den Spielplätzen angebracht.



Das neue Schild zum Hundeverbot

AktivRegion Alsterland

Durch das EU-Förderprogramm ELER 2007-2013 ist das Land Schleswig-Holstein bestrebt, möglichst viele EU-Mittel nach Schleswig-Holstein zu holen. Da die Förderung der EU auf Regionen und nicht auf Einzelgemeinden bezogen ist, propagierte das Land Schleswig-Holstein die Bildung so genannter „Aktiv-Regionen“.

Wichtig ist, dass eine AktivRegion räumlich zusammenhängen muss. Die kürzlich beigetretene Gemeinde Siek grenzt an die Stadt Ahrensburg und an die Gemeinde Großensee, diese wiederum an Grande, Lütjensee, Rausdorf und Trittau. Der räumliche Zusammenhang zwischen Alsterland und dem Amt Trittau wäre also über Siek und Großensee herstellbar; d.h. diese beiden Gemeinden müssten beitreten, wenn andere Gemeinden des Amtes Trittau Mitglied werden wollen.

Was ist ELER? ELER (Europäischer Landwirtschaftsfond für die Entwicklung des ländlichen Raumes) hat zum Inhalt:

- Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Land- und Forstwirtschaft
- Landbewirtschaftung und Umwelt
- Lebensqualität und Diversifizierung
- Aufbau integrierter regionaler Netzwerke.

Einzelthemen sind nicht vorgegeben. Die Inhalte lassen ein breites Spektrum von Maßnahmen zu. Die AktivRegionen entscheiden selbst, welchen Vorhaben sie sich zuwenden wollen und welche Maßnahmen

gefördert werden sollen. Die AktivRegion Alsterland denkt u. a. an Freizeitobjekte, Maßnahmen im Bereich der Naherholung, Veranstaltungen, Natur- und Umweltförderung und Kulturaktivitäten.

Mitgliedschaft kann eine Fördervoraussetzung sein. Dies galt für Teilbereiche beim Konjunkturprogramm II. Ob dies rechtlich einwandfrei ist, sei dahin gestellt. Dennoch steht zu befürchten, dass weitere Förderungen, z.B. im ländlichen Wegebau an diese Bedingung geknüpft werden.

Der Kreis Stormarn hat es abgelehnt, bei der Förderung des Tourismus und der Naherholung aktiv zu werden, sondern sieht diese Aufgabe bei den Aktiv-Regionen. Diese haben sich entschlossen, hier tätig zu werden, denn für diese Aufgaben ließen sich weitere Mittel aus ELER aktivieren. Vorgesehen ist, dass die bereits vorliegenden integrierten Entwicklungsanalysen auf touristische Aspekte überprüft werden, um Anhaltspunkte für ein touristisches Konzept zu gewinnen. Der Bereich des Amtes Trittau dürfte der landschaftlich schönste Teil des Kreises Stormarn sein. Er ist seit Jahrzehnten bevorzugtes Ziel der Naherholung und war zur der Zeit, als die Eisenbahn das allgemeine Verkehrsmittel war, sogar Ziel des Übernachtungstourismus.

Ob der Übernachtungstourismus aktiviert werden kann, müsste von Fachleuten untersucht werden. Hier könnten zusätzliche Bemühungen um Transitreisende von und nach Skandinavien und die Geschäftsreisenden sinnvoll sein. Man denke an die Fehmarnbelt-Querung. Auch Ferien auf dem Bauernhof sind im Bereich des Amtes Trittau noch unterentwickelt.

Mit dem Tagestourismus wird in Schleswig-Holstein ebenso viel Geld verdient, wie mit dem Übernachtungstourismus. Gerade im Hamburg-Randraum sollte man sich daher verstärkt Gedanken dazu machen. Tagestourismus hat nach Meinung der Fachleute immer ein Ziel: Spaziergehen, Wandern, Walken, Joggen, Laufen, Reiten, Schwimmen, Hochseilklettern, Essen gehen u. a.

Zumindest das Aufgezählte findet der Tagestourist im Amt Trittau. Dieses Potential könnte mehr genutzt werden als bisher. Durch eine Zusammenarbeit auf dem Gebiet

- ein gemeinsames Leitbild zu entwickeln
 - ein Netzwerk aus Gemeinden, Verbänden, Kulturschaffenden, Gastronomie u. a. zu bilden, um
 - gemeinsame Vermarktungsstrategien zu entwickeln und
 - gemeinsame Werbung zu machen,
- könnte der Naherholungsverkehr im Bereich des Amtes Trittau neue zusätzliche Impulse erhalten.

Der Amtsausschuss Trittau hat den Beitritt des Amtes Trittau zur AktivRegion Alsterland beschlossen. Damit kann ein Teil der Fördermittel von 300.000 Euro, die jährlich um ca. 50.000 Euro steigen, genutzt werden. Es sollen sich insbesondere Bürger an den einzelnen Projekten beteiligen.

Verbands-Sitzung des AZV (Abwasserzweckverband) Obere Bille am 06. Juli 2009

Der Verbandssitzung ging eine Besichtigung der Kläranlage Trittau voraus. Grund hierfür ist die notwendige Aufstockung des Betriebsgebäudes der Kläranlage.

Deshalb nahm dieser Tagesordnungspunkt auch einen großen zeitlichen Anteil in der nachfolgenden Sitzung ein.

Drei BürgerInnen waren als ZuhörerInnen anwesend, zur Einwohnerfragestunde gab es aber keine Anfragen an die Verbandsmitglieder.

Im Sachstandsbericht wurde den anwesenden Verbandsmitgliedern die Vorplanung durch die Hamburger Beteiligungsgesellschaft CONSULAQUA von Herrn Dipl. Ing Franz erläutert.

Warum soll/muss eine Aufstockung des Gebäudes erfolgen:

Es muss Platz für eine neue E-Anlage geschaffen werden, da die alte nicht mehr den betriebsgenossenschaftlichen Vorschriften entspricht (E-Anlagen müssen Berührungsschutz haben)



Das neue unter Regie des AZV gebaute Regenrückhaltebecken am hinteren Ende des Sportplatzes. Auf dem vorderen Bereich wächst kaum Gras. Der Boden ist für das Befahren von schweren Fahrzeugen ausgerichtet.

Es muss gleichzeitig Platz für weitere betrieblich nutzbare Räume geschaffen werden um die derzeitige Containerlösung zu beenden

Zielvorstellung des AZV ist, einen Anbau zu schaffen, damit ein Umbau der Schaltanlage ohne Provisorium erfolgen kann und die Raumsituation den Gegebenheiten angepasst wird. Aus diesem Grund wurden 3 Varianten vorgestellt (A-C), wobei nur A und B den Zielvorstellungen entsprechen. C war eine „zu kleine Lösung“ die nicht alle Kriterien erfüllt.

Zu berücksichtigen sind bei dem Neubau auch Arbeitsrichtlinien, wonach zum Beispiel Nasszellen für männliches und weibliches Personal getrennt zu erstellen sind und auch der Sozialraum eine angemessene Größe entsprechend der Anzahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben muss. Es ist dabei für den Gesetzgeber unerheblich ob jetzt schon weibliches Personal dort tätig ist oder erst später tätig werden könnte.

Die gesamten Baukosten werden bei Variante A: ca. 484.000 Euro und bei Variante B: 472.000 Euro brutto betragen, wobei noch bei beiden Varianten Nebenkosten in Höhe von ca. 50.000 Euro (Planungskosten) hinzukommen werden.

In die Kostenkalkulation wurde auch einbezogen, dass die alte Containeranlage, die jetzt noch rund 1.000 Euro pro Monat kostet, dann nicht mehr zu Buche schlägt, da diese Belastung mit dem Neubau entfällt.

Nach ausführlicher Diskussion wird die Variante A einstimmig favorisiert und soll umgesetzt werden.

Ein weiterer Tagesordnungspunkt:

Stand der Vermögensübertragung an den AZV. Die Bilanzierung durch die WIBERA wurde Ende 2008 abgeschlossen. Die notarielle Beurkundung und Vollziehung des Vermögensausgleichs sind in Vorbereitung.

Ein Rückblick auf das Geschäftsjahr 2008 mit Aufbau der Verbandsorganisation und allen damit verbundenen organisatorischen Arbeiten wurde abschließend gegeben.

Heidrun Arndt

Amtsausschusssitzung 15. Juni 2009

Diesmal wird in Rausdorf getagt. Die Gemeinde feiert am 4. Juli ihr 750jähriges Bestehen.

Bericht des Amtsvorstehers

Das Gutachten der **Brandverhütungsschau** für das Amtsgebäude liegt vor. Es scheint bei dem Gebäude viel falsch gemacht worden zu sein. Das Gutachten wird jetzt ausgewertet. Es werden erhebliche Kosten auf das Amt zukommen.

Die **Zahl der Obdachlosen** ist von 23 auf 15 gesunken. Dies liegt daran, dass zwei Familien in eigene Wohnungen umgezogen sind. Bei der Zuweisungsquote für Asylbewerber hat das Amt Trittau eine Soll-

Vorgabe von 17 und einen Ist-Stand von 15 Personen. Die Zahl der Aussiedler beträgt 6. Die Zuweisungsquote von 3 ist damit um 3 Personen übererfüllt.

Die Büroleiterin Anina Schmidtke wird die Gemeindeverwaltung Trittau zum 01. September 2009 verlassen. Die Stelle der Büroleitung wird so nicht wieder ausgeschrieben. Es sind Umstrukturierungen geplant, dass die bisher aus vier Ämtern bestehende Verwaltung künftig in drei Ämtern mit einem entsprechenden Unterbau gegliedert wird.

Die **Europabeauftragte Frauke Behncke** berichtet, dass in diesem Jahr 27 Jugendliche aus dem Gym-

nasium und der Realschule für den Jugendaustausch des Amtes Trittau begeistert werden konnten. Aus Platzgründen können leider nur 20 Jugendliche mitfahren. Zunächst kommen die Franzosen vier Wochen nach Trittau. Es werden wieder viele gemeinsame Aktivitäten angeboten. Am 23.07.2009 fahren alle mit dem Bus nach Frankreich. Auch dort gibt es ein abwechslungsreiches Ausflugsprogramm. Am 01.08.2009 ist die Rückfahrt mit dem Zug nach Hamburg geplant.

Das Gymnasium in Saarijärvi möchte gern Kontakt zum Trittauer Gymnasium aufnehmen. Frauke Behncke hat die entsprechenden Lehrkräfte angesprochen und hofft, dass vielleicht Anfang des kommenden Jahres einige finnische Schüler Trittau besuchen können.

Über Himmelfahrt sind 38 Personen des Amtes Trittau nach Frankreich gefahren. Auch die Engländer waren eingeladen. Sie berichtet von dem schönen Programm, welches in dieser Zeit stattgefunden hat.

Einige Franzosen werden wieder zum Kunsthandwerkermarkt im Oktober nach Trittau kommen. Außerdem sind die finnischen Freunde im Oktober eingeladen. Frau Juhncke wird mit einigen finnischen Musikschülern ein kleines Konzert vorbereiten.

Anlässlich des 40jährigen Verschwisterungsjubiläums mit Frankreich ist eine Jubiläumsfeier voraussichtlich in der Zeit vom 14. bis 18. Juli 2011 in Trittau geplant.

Wegen der neuen Buchführung (Doppik) ab 2010 muss der **Amtsvertrag angepasst** werden. Das Amtsgebäude wird künftig im Haushalt des Amtes bilanziert. Beschaffungen des beweglichen Vermögens werden im Haushalt der Gemeinde Trittau bilanziert. Bei Investitionen über 10.000 Euro ist das vorherige Einvernehmen mit dem Amt herbeizuführen.

Der **Beitritt zur AktivRegion Alsterland** wird lebhaft diskutiert. Die Befürworter sprechen sich für einen Beitritt alleine schon deshalb aus, um weiterhin Zugang zu den Fördermitteln der EU zu haben. Der Bund, das Land und die Kreise bedienen sich zunehmend der AktivRegionen zur Ausschüttung von EU-Mitteln. Dies war auch jetzt beim Konjunkturprogramm II zu erkennen.

Mit über- und außerplanmäßigen Ausgaben in Höhe von 47.680,12 Euro und einem Gesamtvolumen von 4.075.913,08 Euro wird die **Jahresrechnung 2008** beschlossen.

Zum **Kiesabbau in Grande** wird einstimmig eine **Resolution** gefasst:

Das Amt Trittau spricht sich gegen weitere Auskiesungen im Gemeindegebiet von Grande aus, für die im Rahmen des anhängigen Planfeststellungsverfahrens die gesetzliche Grundlage geschaffen werden soll.

Bei Berücksichtigung der Zahlen des Rohstoffmonitorings (Versorgungszeitraum ca. 30 Jahre) und Einrechnung der Reserveflächen ist mit einer Bindung von ca. 50 Jahren ein gegenüber des in der städtebaulichen Planung üblichen Betrachtungszeitraumes von 15 bis 20 Jahren eine deutliche Benachteiligung

der Kommunen und damit ein unzumutbarer Eingriff in die Planungshoheit der Gemeinden verbunden. Insofern sollte, wenn eine Auskiesung aufgrund des vorhandenen Rohstoffvorkommens schon nicht gänzlich verhindert werden kann, mindestens das Abbaugelände verkleinert und der Abbauperiodenraum auf maximal 15 Jahre reduziert werden.

Bei den dargestellten Flächen handelt es sich um landwirtschaftlich genutzte Flächen, die durch Abgrabungen dauerhaft verloren gingen. Diese werden allerdings für die noch aktiven landwirtschaftlichen Betriebe für den Fortbestand unbedingt benötigt.

Der Aspekt der lebenswichtigen Ressource Grundwasser muss bei den Planungen unbedingt berücksichtigt werden. Die Gemeinde Grande und der Ortsteil Granderheide verfügen über eine gemeindeeigene Trinkwasserversorgungsanlage aus zwei Brunnen und eine weitere private Trinkwasseranlage für 17 angeschlossene Häuser der Granderheidestraße, die ebenfalls aus zwei Brunnen versorgt wird. Hinzu kommen vorhandene Siedlungsstellen mit Hausbrunnerversorgung (12), südlich und westlich des Plangebietes. Für die Wasserversorgung sind durch das Abbauvorhaben Auswirkungen durch das Trockenfallen der Brunnen zu erwarten.

Darüber hinaus werden erhebliche Beeinträchtigungen für das Naturschutzgebiet Bille, das FFH-Gebiet Biletal und das Vogelschutzgebiet Sachsenwald befürchtet, so dass alleine aus diesem Gesichtspunkt das geplante Vorhaben den maßgeblichen Schutzgütern zuwiderläuft.

Eine weitere Abgrabungsfläche (zusätzlich zu den bereits ausgebeuteten Bereichen) in der Gemeinde Grande würde zu einer unzumutbaren Mehrbelastung der Einwohner der Gemeinde Grande durch Lärm und Staub führen. Die bereits bestehenden verkehrlichen Problemlagen, insbesondere auch in den Gemeinden Witzhave und Trittau, würden durch zusätzlichen Schwerlastverkehr erheblich verstärkt werden.

Sämtliche zehn Gemeinden des Amtes Trittau fordern deshalb, die Zulassung eines Rahmenbetriebsplanes zur Errichtung und den Betrieb des Quarzsandtagebaus Grande der Firma Kieswerk Grande Koops GmbH & Co.KG im Wege eines bergrechtlichen Planfeststellungsverfahrens nicht zu erteilen.[Anmerkung: Die SPD hat sich auf ihrem Kreisparteitag auch für eine Reform des Bergrechts ausgesprochen und hält es „für einen Skandal, wie in Grande bei einem geplanten Kiesabbau mit der kommunalen Selbstverwaltung umgegangen wird“.]

Das Amt gibt eine einstimmige **Stellungnahme über die Planfeststellung für den Bau von Überholstreifen an der B 404** zwischen der A 1 und A 24 zwischen AS Trittau/Großensee (L93) und AS Trittau/Grande (L94) ab. Schon im Dezember 2007 hat der Amtsausschuss entsprechend beschlossen.

Es wird bedauert, dass der Forderung unmittelbar betroffener Kommunen und verschiedener Interes-

senverbände, wie beispielsweise der Industrie- und Handelskammer Nord, nach einem vierstreifigen Vollausbau der B404 zur A21 nicht Rechnung getragen wird. Anhand der prognostizierten Verkehrsmengen ist erkennbar, dass ein Bedarf für einen durchgängigen Ausbau zur Bundesautobahn nachweisbar gegeben ist. Ein teilweiser dreispuriger Ausbau ist nicht auskömmlich, um die Verkehrsverhältnisse nachhaltig zu verbessern. Er wird der Bedeutung der Straße als Verbindung zwischen A1 und A24 für den Transitverkehr nach Norden und als wichtige Verkehrsader für den Raum des Landkreises Stormarn sowie des Amtes Trittau nicht gerecht.

Der Südstormarer Raum trägt auf Grund seiner gegenwärtigen Wirtschaftskraft nicht unwesentlich

zum Steueraufkommen des Landes Schleswig-Holstein bei. Er muss als Wohn- und Gewerbestandort sowie als Naherholungsbereich weiterhin attraktiv bleiben. Eine Vernachlässigung der Verkehrsinfrastruktur könnte nachteilige Folge auf die weitere Entwicklung und damit auch auf das Land Schleswig-Holstein haben.

Das Amt Trittau fordert daher das Land Schleswig-Holstein auf, sich mit Nachdruck dafür einzusetzen, dass der Ausbau des genannten Streckenabschnitts zur Autobahn als vordringlicher Bedarf im Bundesverkehrswegeplan berücksichtigt und, wie zunächst geplant, noch in diesem Jahrzehnt verwirklicht wird.

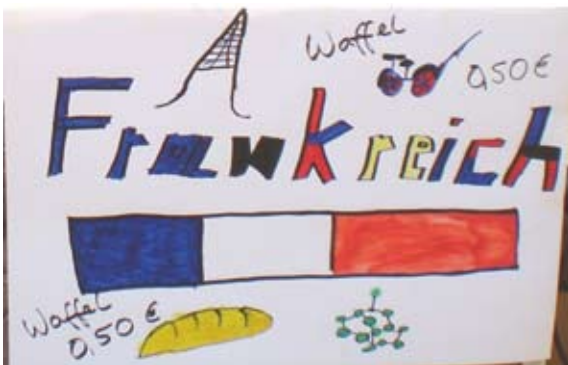
Wegen des erhöhten Aufkommens an Lkw-Verkehr sollte geprüft werden, inwiefern die B404 unter die Mautpflicht gestellt werden sollte.

Sommerfest der Grönwohlder Strolche

Unter dem Motto „Die bunten Farben unserer Welt – Kinder unserer Welt“ feierten die Grönwohlder Strolche. Essen und Trinken aus verschiedenen Ländern wurde angeboten. Einige Plakate sind beispielhaft zu sehen.

Ein Höhepunkt zwischendurch war das Theaterstück „In achtzig Tagen um die Welt“. Es ging nicht um Jules Vernes Roman, sondern um eine Reise zu vielen verschiedenen Orten auf der Welt.

Die Kinder, Eltern, Großeltern hatten viel Spaß.



Bühnenbild: In achtzig Tagen um die Welt - rechts Teatime in England, dahinter der Eiffelturm



Einblicke und Ausblicke:

Mehr als ein Jahr ist es nun her, dass die neue Gemeindevertretung das erste Mal zusammengetreten ist. Da es nur wenige sichtbare Beweise für die Tätigkeit gibt, möchte ich hier eine kleine Zusammenfassung über die abgeschlossenen Projekte und zukünftigen Betätigungsfelder der Gemeindevertretung geben.

Die sicherlich wichtigste und zugleich aufwendigste Arbeit betrifft unsere Grundschule. Es geht darum eine Schülerzahl von über 80 zu erreichen, um die Selbstständigkeit der Schule zu erhalten. Gleich auf der konstituierenden Sitzung wurde im Schnellverfahren - und ohne vorherige Beratung - die Aufstellung von Schulcontainern beschlossen, um vorübergehend Platz für weitere Schüler zu schaffen. Dass dieses übereilte Vorgehen bei der SPD-Fraktion zu Recht Widerstände hervorgerufen hat, wurde bereits in einem früheren Artikel ausführlich dargestellt. Sicherlich auch durch diese Erfahrung geprägt, rief der Bürgermeister im weiteren Verlauf eine parteiübergreifende Arbeitsgruppe zum Thema Schulerweiterung ins Leben, woran sich dankenswerter Weise auch andere Bürger der Gemeinde beteiligt haben. Die Arbeitsgruppe hat einen Vorschlag erarbeitet, wonach an den bestehenden Schulbau ein zweigeschossiger Neubau angeschlossen werden soll. Neben mehreren Differenzierungsräumen einer Küche und Essgelegenheiten soll das Gebäude vier neue Schulklassen enthalten. Das bisherige Schulgebäude soll danach für die Nachmittagsbetreuung, die Feuerwehr und andere gemeindliche Einrichtungen genutzt werden.

Fraglich ist dabei, ob der Neubau, der Voraussetzung für die Umwandlung der Grundschule in eine offene Ganztagschule ist, für die Gemeinde finanzierbar sein wird. Dies soll nach den Sommerferien geklärt werden. Meines Erachtens kann ein kompletter Neubau, nur dann errichtet werden, wenn zur Finanzierung neue Lösungswege beschritten werden. Denkbar wäre der Verkauf des Namens der Schule, privates Sponsoring, Werbung im Schulumfeld oder die Gründung eines Schulvereins, der private Spender zu finden sucht. Kann die Erweiterung nicht solide finanziert werden, so ist ein Ausbau aus meiner Sicht nicht durchführbar. Diese Auffassung besteht offensichtlich auch in der CDU-Fraktion, wie sich bei der letzten Sitzung der Gemeindevertretung gezeigt hat. Wird der Ausbau der Schule nicht durchgeführt, so hat dies zur Folge, dass die Schule nicht mehr als 80 Kinder aufnehmen kann. Sie würde damit ihre Selbstständigkeit verlieren und müsste mit einer anderen Schule zusammengeschlossen werden. Dies hätte aber nicht die Schließung des Schulgebäudes in Grönwohld zur Folge. Vielmehr würde die Schule als Außenstelle weitergeführt, sodass sich für Grönwohlder Kinder keine Änderung ergeben würde.

Ein weiteres großes Projekt, das für alle Bürger sichtbar ist, war der Bau des Parkplatzes vor dem Sportplatz. Der Anstoß hierzu kam bereits in der letz-

ten Legislaturperiode. Viele auswärtige Schüler werden mit dem Auto zur Schule gebracht, sodass in der Bahnhofstraße am Morgen und Mittag ein ziemliches Verkehrschaos herrschte. Abhilfe sollte ein Parkplatz schaffen. Ein erster Vorschlag sah vor, hinter dem Bürgersteig einen Fahrweg mit Parkbuchten zu errichten. Die nicht ganz unberechtigte Befürchtung der Anwohner war jedoch, dass das letzte Grün verschwinden würde und die Lärmbelästigung durch den Fußballplatz stark zunehmen könnte. Der Vorschlag wurde daher erneut beraten und überarbeitet. Heraus kam eine schräge Aufstellung der Parkplätze zur Straße und einem zurückversetzten Gehweg. Dadurch konnten die Tannen zum größten Teil erhalten werden. Auch die Sicherheit der Kinder ist durch die jetzige Anlage besser gewährleistet, denn diese müssen nun nicht den Fahrweg der Autos kreuzen. Ein Problem der Parkplätze hat sich aber bereits herausgestellt. So nutzen einige Fahrzeughalter den Parkplatz auch während der Schulzeiten für private Zwecke. Um dies zu verhindern, hat die Gemeindevertretung beschlossen, die Parkzeit während der Schulzeit zu begrenzen. Dies soll durch die Gemeinde überwacht werden.

Beratungen fanden auch zum Thema Energie statt. Leider konnten hierzu bisher keine konkreten Ergebnisse erzielt werden. Offenbar wird das Thema Energieeffizienz immer noch unterschätzt. So ist die Ermittlung der Stammdaten durch die Verwaltung trotz erneuter Nachfrage nicht erfolgt. Von der Gemeindeverwaltung heißt es dazu, dass die zuständige Bearbeiterin bereits seit mehreren Monaten erkrankt sei. Vor dem Hintergrund steigender Energiekosten und Umweltprobleme stellt sich mir dabei die Frage, ob es sinnvoll wäre, einen weiteren Bearbeiter in diesem Bereich einzusetzen. Auch die Idee zur Errichtung eines Bürgersolarkraftwerks auf dem Gebäude der Schule hat sich zerschlagen. Das Dach ist hierfür schlicht ungeeignet.

Wenigstens ein positives Signal gibt es aus dem Bereich Energie. Mit dem Konjunkturpaket II wurden die Voraussetzungen geschaffen, um in Deutschland Schulgebäude und Kindergärten zu sanieren. Der Schwerpunkt der geförderten Maßnahmen liegt dabei im Bereich der energetischen Sanierung. Auch die Gemeinde Grönwohld hat einen Antrag auf Mittelzuweisung gestellt und eine Zusage über einen Betrag von 24.920 Euro für die Schule und 11.600 Euro für den Kindergarten erhalten (Quelle www.Schleswig-Holstein.de/Bildung). Der Eigenanteil der Gemeinde beträgt jeweils 25%. Zur zielgerichteten Verwendung der Mittel wäre es sicher sinnvoll gewesen, bereits ein Energiegutachten von der Schule und dem Kindergarten zu haben. Der Einsatz eines Energiegutachters auf Amtsebene ist bisher aber leider nicht erfolgt. So bleibt nur die Möglichkeit die Fenster der Schule zu sanieren und die Heizungsanlage im Kindergarten auszutauschen. Hier wäre aus meiner Sicht der Ersatz der Ölheizung durch eine ökologische Alternative der rich-

tige Weg.

Eine weitere Baustelle des vergangenen Jahres war die Finanzierung der Röperkate. Eigentlich sollten die Kosten für die Restaurierung der Kate durch den Verein Röperkate getragen werden. Wegen erheblicher und unverschuldeter Probleme am Bau zahlt die Gemeinde dem Verein nun eine Summe von 5.010 Euro im Jahr. Diese Unterstützung kann sich im schlimmsten Fall über 20 Jahre hinziehen. Da hiermit ein hohes finanzielles Risiko für die Gemeinde verbunden ist, hat die SPD-Fraktion ihre Zustimmung zu dieser Unterstützung von bestimmten Bedingungen abhängig gemacht, die weitgehend erfüllt wurden. So kann die Gemeinde und deren Einrichtungen die Röperkate an den Wochentagen Montag bis Donnerstag bis 18:00 Uhr und für Sitzungen der gemeindlichen Gremien nach 18:00 Uhr unentgeltlich nutzen. Darüber hinaus sind die vom Verein erteilten Bauaufträge mit der Gemeinde abzustimmen und im Rahmen der Geschäftsaufsicht vom Bürgermeister gegenzuzeichnen. Außerdem verzichtet der Verein auf seinen durch das Erbbaurecht bedingten Entschädigungsanspruch bei Heimfall des Gebäudes an die Gemeinde. Im September soll die Röperkate nun fertiggestellt sein. Sie wird den Bürgern auch für private Zwecke offen stehen. Nehmen Sie das Angebot an und nutzen Sie die Kate, Sie haben auch dafür bezahlt.

Ein weiteres Thema, das uns im letzten Jahr beschäftigt hat, war die Übertragung der Abwasser- und Regenwasserleitungen sowie Regenrückhaltebecken auf den Abwasserzweckverband. Was sich so einfach anhört, war mit viel Arbeit des Finanzausschusses verbunden. Im Kern ging es dabei um die Bewertung des Vermögens, das auf den Verband übergeht und eine erhebliche finanzielle Auswirkung mit sich bringt. Dieses Thema konnte zu einem guten Ende für die Gemeinde geführt werden. Hiermit im Zusammenhang steht die Frage der Einführung einer Regenwassergebühr. Einige Haushalte sind in Grönwohld an die sog. Oberflächenentwässerung angeschlossen. Sie leiten das Regenwasser in das örtliche Regenwassernetz ein. Die hierfür entstehenden Kosten werden derzeit vollständig von der Gemeinde getragen. Nun ist es nicht nur ein Frage der Gerechtigkeit, dass die Gemeinde - und damit die Allgemeinheit - für wenige Bürger kostenlose Leistungen erbringt, sondern auch durch die Übertragung des Abwasser- bzw. Regenwasservermögens könnte sich eine hohe finanzielle Auswirkung ergeben.

Vereinfacht gesagt entstehen der Gemeinde durch die Vermögensübertragung Kosten, die durch eine Rückstellung vermindert werden können. Die Rückstellung darf aber nur gebildet werden, wenn sie durch Gebühren zurückgeführt werden kann; und hier kommt die Regenwassergebühr in Spiel. Zur Ermittlung der Grundlagen wird den betroffenen Hauseigentümern zunächst ein Fragebogen zugesandt. Erst danach wird entschieden, ob die Regenwassergebühr tatsächlich eingeführt werden muss oder wie sich dies vermeiden lässt.

Neben diesen zeitaufwendigen Themenkomplexen wurden auch viele kleinere Punkte behandelt.

Zu nennen ist hier die Erweiterung der Öffnungszeiten des Kindergartens oder der Beitritt der Gemeinde zur Aktivregion Alsterland, die bestimmte Projekte in der Region fördert. Auch die Institution der Ortsbegehung wurde auf Anregung der SPD-Fraktion geschaffen. Die dabei aufgenommenen Punkte sind zum Teil in den gemeindlichen Gremien behandelt worden. Andere sind - soweit für mich ersichtlich - bisher nicht erledigt. So bestehen weiterhin Schäden an den gemeindlichen Straßen und Gehwegen. Hier muss meines Erachtens noch etwas getan werden. Wir werden sehen, ob wir bei der nächsten Dorfbegehung im Herbst dieses Jahres sagen können: „Gute Arbeit, alle Punkte erledigt!“ Ein Satz noch zur Geschwindigkeitsmessanlage, die von der Gemeinde angeschafft wurde. Diese ist nicht stationär! Sie wird nach Aussage des Bürgermeisters in Kürze umgesetzt.

Was wird uns außerdem in der nächsten Zeit beschäftigen?

Ich denke da an die recht erschreckenden Zahlen zur Kinderarmut. Hier muss die Gemeinde zunächst die Ursachen erforschen und sodann versuchen im kleinen Bereich Abhilfe zu schaffen. Ein fortwährendes Problem für viele Bürger stellt auch die deutlich verschlechterte Busverbindung nach Hamburg dar. Wir müssen hier zusammen mit anderen Gemeinden versuchen Abhilfe zu schaffen. Ein weiteres Stichwort für die Arbeit in der Gemeindevertretung könnte das Thema Datenschutz sein. Beunruhigt durch die vielen Datenskandale der Vergangenheit wollen viele Bürger wissen, wie ihre persönlichen Daten verwahrt werden. Es wird daher zu prüfen sein, wo die Daten des Einwohnermeldeamts abgelegt sind und an wen diese weitergegeben werden.

Daniel Klein

Südstormarnsche Kreisbahn: Betriebseröffnung vor 100 Jahren von Johannes Spallek – 3. und letzter Teil

Nach dem Zweiten Weltkrieg

Nach dem Zusammenbruch 1945 übernahm die britische Militärregierung zunächst die Betriebsleitung der Südstormarnschen Kreisbahn. Aus dem KUHA, das

im Gegensatz zum Heereszeugamt nur unbedeutend durch Luftangriffe zerstört worden war, transportierte sie alles, was irgendwie brauchbar erschien ab.

In den Nachkriegsjahren erhöhten die große Zahl

der Deutschen, die aus ihrer Heimat im Osten des Reichsgebietes vertrieben worden waren und eine Notunterkunft in Stormarn gefunden hatten, sowie Tausende von Hamburger Ausgebombten das Fahrgastaufkommen der Südstormarnschen Kreisbahn. Jedoch große Verkehrsströme verlagerten sich jetzt auf Autobuslinien, und fehlender rentabler Güterverkehr führte die Bahn wieder in die roten Zahlen.

Im Auftrage des Kreises Stormarn erstellte die ›Wirtschaftsberatung Aktiengesellschaft – Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Düsseldorf, Erkrather Straße 41, ein Gutachten ›über die wirtschaftlichen Verhältnisse der Südstormarnschen Kreisbahn des Kreises Stormarn in Hamburg-Billstedt‹. Dieses 69-seitige Werk beschreibt ausführlich die betrieblichen und ökonomischen Seiten der Bahn und prüft denkbare Verbesserungen. In überaus differenzierter Argumentation empfiehlt es letztendlich, die Bahn auf der Teilstrecke Glinde – Trittau stillzulegen. Zugrunde liegen dieser Empfehlung Analysen der Beförderungsleistungen, Erträge und Aufwendungen der Bahn.

Zusammenfassend heißt es in diesem Gutachten: »Die Gründe für die Unwirtschaftlichkeit der Bahn liegen in der Struktur ihres Einflussgebietes. In den geschlossenen Orten besteht fast nur Landwirtschaft. Unter normalen Verhältnissen ist es aussichtslos, hierbei Einnahmen zu erzielen, die die Kosten decken. Im Übrigen befinden sich fast alle Kleinbahnen hinsichtlich ihrer Erträge in einer ähnlichen Lage. Im Gegensatz zu fast allen öffentlichen Wirtschaftsbetrieben haben die Bahnen schon immer äußerst sparsam wirtschaften müssen. Sie konnten deshalb dem technischen Fortschritt nur beschränkt folgen. Die Möglichkeiten zu einer noch schärferen Rationalisierung sind wegen der durch die Lage erzwungenen Sparsamkeit auch nur noch gering. Was durch solche Maßnahmen noch erzielt werden kann, vermag die Verluste zwar zu verringern, aber nicht entscheidend zu beeinflussen, viel weniger zu beseitigen.«

Dieses Gutachten diente dem Verkehrsausschuss des Kreises Stormarn und dem Kreistag als Hilfe für seine Entscheidungen.

Die Kreisbahn beschäftigte die Organe des Kreises in den Nachkriegsjahren ständig. In den Haushaltsplänen wurden jährlich Defizite verzeichnet, z. B. für das Jahr 1950 ein Betrag von 100.000,- bis 200.000,- DM.

Diese Angabe war nur scheinbar, in Wahrheit war das Defizit wesentlich höher, da die Bahn von ihrer Substanz lebte.

An sich notwendige Aufgaben zum mittelfristigen Erhalt der Bahn unterblieben.

Insbesondere der Gleisunterhalt auf der Strecke Trittau – Glinde hätte, wie Landrat Siegel am 24. Januar 1951 im Kreistag ausführte, mit einem Betrag von jährlich 130.000,- DM auf einer Laufzeit von 10 Jahren, also insgesamt 1,3 Mio. DM, veranschlagt werden müssen. Dieses fehlende Engagement war ein indirektes Zeichen dafür, dass der Kreis ohne formalen Beschluss das Ziel verfolgte, die Bahn abzubauen, zumindest auf der Strecke zwischen Trittau und Glinde, bzw. insgesamt die Bahn ganz stillzulegen. Deutlicher wurde dieser Standpunkt am 13. April 1951 im Kreistag, als Einigkeit darüber bestand, dass die Bahn ein Verlustgeschäft sei und auch zukünftig nicht aus diesem misslichen Zustand herausgeführt werden könnte. Am liebsten hätte man den Personenverkehr zwischen Trittau und Glinde sofort eingestellt. Dies war aber wegen der zahlreichen Pendler, die nur mit der Bahn ihren Arbeitsplatz erreichen konnten, nicht möglich. Eine alternative Buslinie von Trittau über Glinde nach Hamburg-Billstedt ließ der mangelhafte Zustand der alten Möllner Landstraße nicht zu, deren Oberbau lediglich aus Lehm und Kies bestand. Am 16. August 1951 beschloss der Kreistag eine einschneidende Maßnahme. Der Personenverkehr sollte auf das Wesentliche eingeschränkt werden, wodurch das Personal von bisher 110 Mitarbeitern auf 70 ›rationalisiert‹ werden konnte.

Ende der Kreisbahn

In nichtöffentlicher Sitzung beschloss der Kreistag



Die letzte Fahrt - Halt in Grönwohld

am 20. Februar 1952 nach eingehender Diskussion, die Bahn stillzulegen, mit Ausnahme des Güterverkehrs von Billstedt nach Glinde. Der die Öffentlichkeit informierende Beschluss lautete im Wortlaut:

»Der Kreistag hat den Finanz-, den Verkehrs- und den Kreisausschuss ermächtigt, am Sonnabend, dem 23. Februar d.J., 13:00 Uhr, zusammenzutreten, um ein Kaufangebot bezüglich der Kreisbahnanlage anzunehmen.«

Damit war das Schicksal der Bahn besiegelt. Am 15. März 1952 fuhr sie zum letzten Mal. Als Zeichen der Trauer und des stillen Protestes hingen schwarze Fahnen an einigen Bahnhöfen.

Seit Ostern 1952 wurden Teilstrecken der Bahn abgebaut. Über die zukünftige Nutzung der ausgedienten Gleisstrecke bestand zunächst keine Einigkeit. Drei Möglichkeiten wurden diskutiert:

1. Das gesamte Gelände soll den Gemeinden zurückgegeben werden,
2. nur der eigentliche Bahnkörper soll zurückgegeben werden, die Bahnhöfe sollen im Interesse des Kreises verkauft werden,
3. das Gelände des Bahnkörpers soll behalten werden, um auf demselben einen Radwanderweg zu entwickeln. Die Aufwendungen hierfür würden bei einfacher Kiesbefestigung nicht ins Gewicht fallen.

Anfang des Jahres 1953 lud der Landrat Vertreter der an der Strecke liegenden Gemeinden zu einer Aussprache über die zukünftige Verwendung ein. Im Protokoll der Glinde Gemeindevertretung vom 13. März 1953 heißt es dazu lapidar:

»Über eine etwaige Verwendung des Kreisbahnkörpers nach Entfernung der Gleise für einen Radwanderweg fand kürzlich eine Aussprache der interessierten Gemeinden unter dem Vorsitz des Landrats in Ahrensburg statt. Für den Ausbau eines Radwanderweges auf dem Bahnkörper sprachen sich lediglich die Gemeinden Glinde und Lütjensee aus, während sich die anderen Anliegergemeinden recht uninteressiert zeigten. Die Angelegenheit soll demnächst im Kreistag zur Beratung kommen.«

Radwanderweg

Die Mehrheit des Kreistages verfolgte dennoch das Projekt eines Radwanderweges. Am 25. März 1953 beschloss der Kreistag:

»Der Kreisausschuss wird beauftragt, in Verhandlungen mit den interessierten Gemeinden und mit interessierten Verbänden die Pläne weiterzufördern, aus dem ehemaligen Bahnkörper einen Radwander- bzw. Fußweg zu gestalten.«

Langwierige Diskussionen und Beratungen folgten, insbesondere im Verkehrsausschuss des Kreises Stormarn. Selbst im März 1954 diskutierte der Kreistag das Thema »Radwanderweg« immer noch so kontrovers, dass kein Beschluss gefasst werden konnte, sondern die Beratung wieder an den Verkehrsausschuss zurückgewiesen werden musste. Auf der einen Seite wurde geltend gemacht, dass durch Zurückgabe des seinerzeit von den Gemeinden abgegebenen Gelän-

des die angestrebte Flurbereinigung erleichtert würde und dass das Bearbeiten der bisher von der Strecke durchschnittenen Koppeln einfacher würde. Andererseits wurde auf die einmalige Gelegenheit hingewiesen, in einem landschaftlich schönen Gebiet einen besonderen Radwanderweg zu schaffen, der im Interesse der Erholungssuchenden frei und unabhängig von dem Straßenverkehr verläuft. Schließlich im Mai 1954 zeichnete sich im Verkehrsausschuss die Lösung für den Radwanderweg ab. Zunächst genehmigte er die Teilstrecke nördlich Papendorf bis Grönwohld, dann die Strecke Papendorf bis Lütjensee (Kreistag am 17. Dezember 1955).

Im Juli 1956 wird die erste 9,5 km lange Teilstrecke des Radwanderweges von Papendorf nach Grönwohld freigegeben, am 25. Oktober 1957 die zweite 7,5 km lange Strecke von Papendorf bis Willinghusen und am 16. Oktober 1959 die gesamte Strecke von Glinde bis Trittau feierlich eingeweiht.

Die Freigaben fanden stets ein breites Echo in der Presse. Über das Ereignis am 25. Oktober 1957 berichteten tags darauf das »Hamburger Echo«, das »Stormarner Tageblatt«, die »Bildzeitung« und die »Bremer Nachrichten«. Letztere schrieb u. a.:

„Bahndamm als Radwanderweg

17 km vor Hamburgs Toren – Eröffnungsfahrt durch hohe Beamte

Auf zünftige Weise wurde am Wochenende vor den Toren Hamburgs das zweite Teilstück eines jetzt 17,5 km langen Radwanderweges durch die Stormarner Schweiz (Schleswig-Holstein) eingeweiht. Nach einem Begrüßungstrunk schwangen sich etwa zwei Dutzend sportlich gekleidete Ehrengäste auf bereitgestellte Fahrräder, um die neue Strecke »unter die Pedale« zu nehmen. An der Spitze der munter klingelnden Kolonne radelten der Landrat im Kreis Stormarn, Dr. Haarmann, und der Hamburger Senatssyndikus Dr. Harder, einer der höchsten Beamten der Hansestadt, der seinen halbsteifen Hut mit einer hellblauen Strickmütze getauscht hatte.

Der Radwanderweg, der zwischen dem Sachsenwald und der Autobahn Hamburg-Lübeck liegt und später noch verlängert werden soll, wurde auf dem Bahndamm der vor einigen Jahren stillgelegten und dann demontierten Stormarner Kreisbahn gebaut.

Die Gesamtkosten der 19,1 km langen Strecke in Höhe von 371.858,90 DM teilten sich die Freie und Hansestadt Hamburg mit 57.000 DM, das Land Schleswig-Holstein mit 165.000 DM und der Kreis Stormarn mit 149.858,90 DM.

Wo früher »Molly Puß«, wie der Volksmund die Züge der Südstormarnschen Kreisbahn liebevoll nannte, gemächlich durch Südstormarn zuckelte, radeln heute Erholungssuchende. Abseits von Autostraßen, Lärm und Abgasen lassen sie die reizvolle Stormarner Knicklandschaft an sich vorüberziehen.

Der Kreis Stormarn schuf mit dem Radwanderweg eine vorbildliche Freizeiteinrichtung. Wie eine geographische Studie aus dem Jahre 1981 feststellte, sind von

insgesamt 671,4 km stillgelegter Eisenbahnstrecke in Schleswig-Holstein und Hamburg nur 61,4 km = 9,1 % als Wander-, Rad- oder Reitweg ausgebaut worden.“

Die nichtstormarner Freizeitwege wurden überwiegend durch Privat- oder Gemeindeinitiative hergerichtet. Sie sind zumeist sehr kurz. So wurde z. B. die Kreisbahn Norderdithmarschen in verschiedene Einzelstücke zerteilt, die insgesamt vorhandenen 2,5 km langen Freizeitwege sind auf 5 verschiedene Gemeinden verteilt.

Den vorausschauenden Initiatoren des Radwanderweges können wir heute nur danken.



Kreisbahn Bahnhof Grönwohld Gleisabbau 1952

Abschied der 4. Klasse

Zu ihrem Abschied von der Grönwohlder Grundschule hatte die 4. Klasse einiges vor. So gab es eine Survival Box für die Lehrer mit interessantem Inhalt. Da war zum Beispiel eine Lampenfassung, wenn ein Lehrer mal die Fassung verlieren sollte, hätte er eine.

Höhepunkt war das Vogelschießen mit den Lehrern. In den vier Wettbewerben – Negerkusswettessen, Luftballons mit einem Nagelhelm kaputt machen, im Matsch nach Geldstücken suchen und ein Slalom mit einem eiernden Fahrrad – mussten die Lehrer

sich bewähren. Ganz „überraschend“ gewann die Klassenlehrerin der 4. Klasse Frau Dohse. Sie wurde im geschmückten Bollerwagen, gezogen von Frau Schmaljohann und Frau Nienhaus, herumgefahren. Mit einem Blumenbogen ergänzten Herr Scheffer und Frau Walzel die Parade.

Ein Höhepunkt war auch das Lied „König von Grönwohld“ nach Ideen der Kinder der 4. Klasse. Das alles und noch viel meeeeehr, würd' ich machen, wenn ich König von Grönwohld wääääär.



Der letzte Auftritt der 4. Klasse

1919 - 2009

90 Jahre soziale Gerechtigkeit
90 Jahre SPD - Ortsverein Grönwohld

Diesen großen Geburtstag wollen wir
auch groß feiern! Wir laden daher alle
Grönwohlder sehr herzlich zum

großen Familientag ein!

Wann:

Samstag, 05.09.2009, 14.00 - 17.00 Uhr

Wo:

Auf dem Parkplatz hinter der Schule

Mit dabei:

u. a. das Elefanto - Spielmobil und
Hektor der Gaukler

Bewirtung: Zeltbetrieb Günter Stiehler

Es freut sich auf Sie Ihr
SPD - Ortsverein Grönwohld

